

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugpreis** mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postkonten:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 72206. - **Verlag in Leipzig:** Tauscher Straße 19/21 - **Telefon** 72206

**Inseratenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorteil 40 Pf., Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Kellereise 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorteil, 50 Pf., Kellereise 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die bürgerlichen Parteien schützen die

## Regierung des Verfassungsbruchs

Schärfste Kritik der Sozialdemokratie im Ueberwachungsausschuß

### Staatspartei für die Notverordnungen

SPD Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages nahm am Mittwoch mit 16 gegen 12 Stimmen folgenden Antrag der Regierungsparteien an:

„Der Ausschuh erklärt sich zur Behandlung der eingebrachten Anträge, die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten aufzuheben oder für verfassungswidrig zu erklären, für unzuständig.“

Die Sozialdemokratie hatte folgenden Antrag eingebracht: „Die Verordnungen vom 26. Juli 1930 widersprechen der Reichsverfassung.“ Die Kommunisten hatten die sofortige Aufhebung der Notverordnung beantragt.

Im Verlauf der Debatte trat der Abg. Rosenfeld (Soz.) der Auffassung entgegen, daß der Ausschuh zur Erörterung der Notverordnung des Reichspräsidenten nicht zuständig sei. Die Verordnung sei nicht nur vom Reichspräsidenten unterzeichnet, sondern auch von sämtlichen Reichsministern, die damit die staatsrechtliche und politische Verantwortung für die Verordnungen übernommen hätten. Der zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung eingesehter Ausschuh des Reichstages sei infolgedessen berechtigt, gegenüber der Reichsregierung zu dem Ersuchen der Verordnungen Stellung zu nehmen. Allerdings habe der Ausschuh nicht dasselbe Recht, wie das Plenum des Reichstages, die Aufhebung der Verordnungen zu erzwingen, er habe aber das Recht, zu den Verordnungen Stellung zu nehmen. Man solle doch auch eine so wichtige Erörterung nicht an Formalitäten scheitern lassen. Es gehe deshalb nicht an, daß der Ausschuh einer sachlichen Debatte ausweiche. Der Ausschuh müsse Gelegenheit haben, zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verordnungen Stellung zu nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion habe schon in dem früheren Reichstag die alten Verordnungen für verfassungswidrig erklärt. Die jetzt erlassenen Verordnungen seien teilweise noch reaktionärer und erst recht verfassungswidrig.

### Abgeordneter Reil (Soz.)

gibt für die Sozialdemokratie folgende Erklärung ab: „Die sozialdemokratische Fraktion des inzwischen aufgelösten Reichstages hat mit aller Deutlichkeit die Verfassungswidrigkeit der Verordnungen vom 16. Juli 1930 nachgewiesen und die Aufhebung dieser Verordnungen gefordert. Nachdem die Mehrheit des Reichstages dem sozialdemokratischen Antrag beigetreten und der Reichstag infolgedessen aufgelöst war, sind neue, mit den aufgehobenen in wesentlichen übereinstimmende Verordnungen erlassen worden. Die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Ausschuhes halten im Einklang mit ihren politischen Freunden die neuen Verordnungen für ebenso verfassungswidrig wie die alten.“

Die neuen Verordnungen weisen in vielen Punkten einen noch sozial- und wirtschaftsfeindlicheren Charakter auf als die alten. Da dem Ausschuh nach der Reichsverfassung die Nachbesugnis nicht gegeben ist, die Aufhebung der Verordnungen zu erzwingen, ist es nunmehr Sache der deutschen Wählerschaft, einen neuen Reichstag zu wählen, der dafür sorgt, daß in Zukunft unter Wahrung der Reichsverfassung eine Politik getrieben wird, die nicht den verächtlichen Interessentenhausen, sondern den Massen der Bevölkerung dient.“

Abg. Emminger (S. B.) führt aus, daß der Ausschuh mangels Zuständigkeit auch zur Verfassungsmäßigkeit der Verordnungen nicht Stellung nehmen könne. - Abg. Meyer (Staatspartei) beantragt eine Unterbrechung der Verhandlungen, um den Regierungsparteien Gelegenheit zur Stellungnahme gegenüber den sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen zu geben. - Es folgt eine Pause von 10 Minuten.

In der neuen Sitzung bringen die Regierungsparteien den oben wiedergegebenen und später angenommenen Antrag ein.

Abg. Rosenfeld (Soz.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierungsparteien mit ihrem Antrag einer sachlichen Beratung ausweichen. Gerade der Ausschuh, dem die Wahrnehmung der Rechte der Volksvertretung anvertraut sei, sollte mit den Rechten des Reichstages nicht so umspringen. Allerdings passe zu dem Verhalten der Regierungsparteien, daß nicht ein einziger Minister erschienen sei. Sie seien sämtlich für die Verordnungen verantwortlich, auch wenn sie sich jetzt

hinter den Reichspräsidenten zu verziehen suchten. Dabei sei die Idee zum Erlaß der Verordnungen sicherlich nicht im Kopfe des Reichspräsidenten entstanden. Es mache einen merkwürdigen Eindruck, daß die Regierung nicht selbst zu den Verordnungen stehe und die Regierungsparteien der Beratung formale Einwendungen entgegenlegten. Nachdem der Reichstag einmal die Aufhebung der Verordnungen beschlossen habe, sei

der neue Erlaß der Verordnungen offensichtlich verfassungswidrig.

Sonst könnte eine Regierung jedesmal, wenn ein Reichstag die Aufhebung der Verordnung beschlossen habe, sie wieder von neuem erlassen. Das ganze Verhalten der bürgerlichen Parteien passe ganz zu der Verfassungswidrigkeit der Verordnungen.

### Eine Verfassungswidrigkeit folge auf die andere

Jetzt schide sich die Regierung an, eine große Verfassungsfeier zu veranstalten. Die beste Verfassungsfeier würde es sein, wenn die Regierungsparteien hier, wo es darauf ankomme, die Verfassung schützten. Wenn sie das nicht täten, werde ihnen das Volk am 14. September die gebührende Antwort geben. - Abg. Meyer (Staatspartei) findet es natürlich, daß die Reichsminister der Sitzung ferngeblieben sind.

Zu Beginn der Sitzung beschäftigte sich der Ausschuh mit Anträgen auf Aufhebung der Immunität einiger

kommunistischer Abgeordneter und einer Verordnung zur Kennzeichnung von Mischbrot. Vor Eintritt in die Beratung über die Immunitätsanträge beantragten die Kommunisten die Zurückstellung dieses Punktes der Tagesordnung hinter die Beratung über die Notverordnungen, offenbar weil sie befürchteten, daß einige kommunistische Abgeordnete den gegen sie schwebenden Strafverfahren preisgegeben würden. Nach Ablehnung dieses kommunistischen Antrages beantragte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) als Berichterstatter die Ablehnung sämtlicher Anträge auf Aufhebung der Immunität, weil diese Anträge in keiner Weise als dringlich anzusehen seien und deshalb die Entscheidung dem kommenden Reichstag überlassen werden müsse. Nachdem Abg. Reil (3.) der Auffassung Rosenfeld beigetreten war, beschloß der Ausschuh einstimmig, dem Antrage des Berichterstatters zu folgen. - Die Verordnung über die Kennzeichnung des Mischbrot wurde gegen den Widerspruch eines deutschen Adhärenzmeisters einstimmig angenommen.

## Arbeiterabbau - Lohnabbau

### Arbeitszeitverkürzung bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft

Wie die Boff. Ztg. erfährt, ist die Berliner Verkehrs-Gesellschaft gezwungen, mit dem Betriebsrat in Verhandlungen darüber einzutreten, die Arbeitszeit um zwei Tage im Monat zu verkürzen, wodurch eine entsprechende Herabsetzung der Löhne erfolgen würde. Auch bei der Angestellten-Gesellschaft sollen gewisse Abbaumaßnahmen durchgeführt werden. Diese Einschränkungen sind eine Folge des Verkehrsrückganges, der sich in den letzten Monaten, besonders nach der Erhöhung der städtischen Verkehrstarife bemerkbar gemacht hat.

### Entlassungen in der Waggonindustrie

SPD Kassel, 6. August. Die Firma Henschel & Sohn AG. in Kassel hat die Genehmigung zur Entlassung von 800 Arbeitern und Angestellten nachgesucht und erhalten. Der Antrag wird mit Auftragsmangel in der Lokomotivfabrikation begründet.

### Schaltabbau oder Entlassung

#### Erpressungsmanöver des Berliner Metallkapitals

SPD Die Berliner Metallindustriellen gehen immer rigorosier gegen die Angestellten vor. So ist die Firma R. Stod & Co., Marienfelde, dazu übergegangen, kurzge-

bei gleichbleibender Arbeitszeit Gehaltsabbau zu fordern. Die Firma hat 95 Angestellten gekündigt und davon 34 sofort bei Weiterzahlung des Gehaltes entlassen. Der Rest der Angestellten wurde vor die Alternative gestellt, entweder mit geringerem Gehalt weiterzuarbeiten, oder sich als gekündigt zu betrachten. Von einer Arbeitszeitverkürzung ist überhaupt nicht mehr die Rede.

Es handelt sich nur noch um eine gewaltsame Erpressung von Gehaltsenkung. Widerstand gegen diese Erpressung wird rücksichtslos mit Entlassung geahndet. Das allerbeste ist, daß die Firma versucht, die Dinge so zu drehen, als ob die Angestellten, die sich mit dem Erpressungsmanöver nicht einverstanden erklären, selbst kündigen. Mit derartig faulen Manövern möchten die Metallindustriellen ihren Tarifbruch beschönigen.

### Massenentlassungen in Bochum

SPD Bei der Eisen- und Hüttenwerke AG. in Bochum, wo etwa 600 Mann infolge der Ablehnung des Akkordtarifs der Werkleitung, der einen Abzug von 14 bis 20 Prozent vorsah, die Arbeit geschlossen niedergelegt haben, ist eine Ver- schärfung der Lage eingetreten. Die Werkleitung hat jetzt Massenentlassungen vorgenommen. Etwa 1300 Arbeiter der Belegschaft sind zur Zeit außerhalb der Betriebe.

Die Arbeiterpresse des Bezirks warnt vor Arbeits- annahme bei der Eisen- und Hüttenwerke AG. Die Arbeiterschaft der Blechwalzwerke ist gut organisiert. Der Werkleitung dürfte es daher kaum gelingen, Arbeitswillige für die Durchführung ihres Lohndiktats zu erhalten.

### Spanien vor Wahlen

SPD Paris, 7. August. Der Vorstand der spanischen sozialistischen Partei hat am Mittwoch in außerordentlicher Sitzung das von den Republikanern gemachte Angebot eines Wahlbündnisses abgelehnt. Die spanischen Sozialisten haben sich allerdings die Tür zu weiteren Verhandlungen offengehalten, indem sie erklärten, daß das Angebot erst dann ernstlich in Betracht gezogen werden könne, wenn die republikanische Partei sich über ihr Programm endgültig klar und einzig geworden sei.

Die spanischen liberalen Führer Graf Romanones, Marquis Alcocinos und Santiago Alba haben für den nächsten Montag eine Zusammenkunft in Biarritz vereinbart. Sie wollen dort u. a. ein umfassendes Regierungsprogramm ausarbeiten, da sie hoffen, vielleicht schon vor den Neuwahlen im Oktober die Regierung übernehmen zu können.

Zum Wahlkampf in Spanien sind bisher nicht weniger als

36 Parteien aufmarschiert. 15 dieser Splitterparteien erklären sich als konföderativ; zwei von ihnen bezeichnen sich als Gegner der Monarchie. Im Lager der Linken zählt man neben den Sozialisten und Kommunisten noch 19 bürgerliche Splitterparteien.

### Der Kurdenaufstand

SPD Angora, 6. August. In der Nähe von Aleppo brachen am Mittwoch wiederum Kurdenbanden in türkisches Gebiet ein, zerstörten die Telephon- und Telegraphenleitungen und erließen gleichzeitig einen Aufruf zur Bildung eines unabhängigen Kurdistan. Die aus dem Irak in die türkische Provinz Hakkari eingedrungenen Kurdenbanden vermochten sich bisher gegen die türkischen Truppen zu behaupten. Die bereits für Mitte Juli angelegte türkische Gegenoffensive ist bisher angeblich nicht erfolgt, weil die türkische Regierung zunächst die Antwort der persischen Regierung auf die letzte Note der Türkei abwarten will.

237